

Die Idee einer Volksabstimmung rückt Athen wieder in den Fokus der Schuldenkrise. Es wird deutlich, dass beim Ausgangsproblem nichts geregelt ist

Zurück nach Griechenland

Von Gerd Held

Der Vorschlag einer Volksabstimmung über das griechische Sparprogramm ist ein Paukenschlag. Gerade noch herrschte die Erwartung, dass mit den Brüsseler Beschlüssen das Wesentliche geregelt sei. Endlich handlungsfähig! Dieser Stoßseufzer war immer wieder zu hören. Doch nun wird man gewahr, dass beim eigentlichen Ursprungsproblem, der Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates, noch alles offen ist. Nun richten sich die Blicke wieder auf Griechenland. Hier, vor Ort, liegt letztlich doch der Schlüssel zur Lösung. Aber kann ein Plebeszit des griechischen Volkes dieser Schlüssel sein? Soll das Volk sein eigener Insolvenzverwalter sein? Oder stehen nur einzelne Sparmaßnahmen zur Abstimmung? Der Vorschlag macht deutlich, dass bis heute seitens der griechischen Regierung gar keine eindeutige Erklärung zur Lage des Landes vorliegt. Und auch die europäischen Vorkehrungen umgehen – bei aller Milliarden schwere des Rettungsschirms und der Bankenbeteiligung – die entscheidende Frage an Griechenland: Erkennt der griechische Staat seine Insolvenz an? Man muss skeptisch sein, ob in einer Volksabstimmung die Antwort gegeben werden kann, die die Regierung bisher verweigert hat. Eher besteht die Gefahr, dass Demagogen mit der Losung „Wir zahlen Eure Krise nicht!“ die Gewinner sind.

Damit aber ist die europäische Politik erneut gefragt. Und sie jetzt anders gefragt: Das globales Krisenmanagement war gestern, nun muss sich Europa wieder dem Ursprungsort der Krise zuwenden. Im Grunde ist der Fall Griechenland im Laufe der letzten Monate immer weiter in den Hintergrund getreten. Man sprach lieber von einer „Eurokrise“, von einem Gesamt-

problem der europäischen „Südstaaten“ oder, noch globaler, von einem neuen Sündenfall „der Banken“. Man wollte lieber das Großthema „Rettung Europas“ als eine Athener Fallbesprechung. So wurden die Rettungsschirme immer pauschaler, aber der installierte große Apparat löste nicht automatisch den griechischen Knoten. Zwar kommt nun der Schuldenschnitt, aber der Bericht der Troika lässt ahnen, dass es kein halbwegs verlässliches Szenario gibt, das danach aus den Schulden herausführt. Eine Staatsverschuldung von 120% des Bruttoinlandsprodukts ist in Griechenland viel hoffnungsloser als in einem Land wie Italien. Doch wer hat den Troika-Bericht überhaupt genauer angeschaut? Der deutsche Bundestag jedenfalls nicht. Würde man die Athener Entwicklungen sorgfältig erörtern, müsste man auch einen dramatischen politischen Verfall konstatieren. Ganze Sektoren der griechischen Gesellschaft haben sich auf Blockade, Arbeitsverweigerung, Straßengewalt und Landesflucht verlegt. Hinzu kommt, dass ein bedeutender Teil der staatlichen Verwaltung seine Mitarbeit verweigert und sich in offener oder versteckter Rebellion befindet. Etwas Vergleichbares ist weder in Portugal oder Italien, geschweige denn in Spanien zu beobachten. Der griechische Fall ist ein Sonderfall. Hellas ist in der Europäischen Union auf einem Sonderweg, der über kurz oder lang zu einem „failed state“, zu einem gescheiterten Staat, führen kann. Die Schuldenkrise ist hier eine Staatskrise.

Die Brüsseler Beschlüsse haben nicht dafür gesorgt, dass dieser Fall in seiner ganzen Härte auf dem Tisch liegt. Die Angelegenheit wurde milde als „Schuldenerlass“ verbucht. Man leistet Verzicht und gibt neue Garantien, bevor überhaupt der

Zusammenbruch der Staatsfinanzen offiziell ist. Befinden wir uns vor einer griechischen Insolvenz oder nach einer Insolvenz? Geht es um Konkursvermeidung mit neuen Investoren oder um Konkursverwaltung mit einem Notprogramm? Die Brüsseler Beschlüsse haben den entscheidenden Punkt nicht geklärt. Man hat von der griechischen Regierung keinen Offenbarungseid verlangen mögen und nun weiß man nicht, was man von einer Volksabstimmung verlangen darf. Die bisherigen Sparmaßnahmen wurden nur in den normalen politischen Kreislauf eingespeist, alle größeren, strukturellen Einschnitte kommen dort nicht voran. Keine Notversorgung ist vorbereitet. Es gibt keine Stelle, die verlässliche Angaben über Vermögensbestände machen könnte. Immer wieder greift die Arbeit der Inspektoren von IWF, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission ins Leere. Hier zeigt sich, dass im Schatten der Großveranstaltung „Euro-Rettungsschirm“ die eigentliche Arbeit vor Ort kaum vorangekommen ist. Es erweist sich nun, dass es produktiver gewesen wäre, wenn man sich früher auf den Sonderfall Griechenland konzentriert hätte. Dann würden die wahren Ausmaße des Problems nicht nur scheinbar ans Licht kommen. Hier bleibt alles Entscheidende noch zu tun.

Ein Hinderungsgrund ist dabei die Grundangst, die die Europäer vor jedweder Insolvenz haben. Es wurde ja immer die „Ansteckungsgefahr“ beschworen, die von einer griechischen Staatspleite ausgehen würde. Fällt Griechenland, so fallen auch Portugal, Italien, Spanien und Ende gar

Frankreich – hieß es. Doch eigentlich ist es nicht die Insolvenz, von der die Gefahr ausgeht. Ansteckend sind die Schulden, die zu unbezahlbarer Höhe gesteigert wurden und immer noch weiterwuchern. Deshalb ist eine harte Insolvenz in diesem Fall das beste Mittel, um die minder schweren Fälle anderer Länder zu schützen. Bevor die europäische Gesamtfrent des Schuldenmachens überdehnt wird, muss sie an der unhaltbarsten Stelle zurückgenommen werden. Das würde nicht zu Ansteckung führen, sondern zu Entlastung. Anders gesagt: Ein Zeichen guter Pragmatik ist nicht das Zusammenrühren verschiedener Problemlagen, sondern die Arbeit am Einzelfall.

Und die „Rettung Europas“? Die neuen Ungleichgewichte in der Entwicklung? Die Monotonie europäischer Regeln, die dem Bürger das Projekt Europa entfremden? Das deutsch-französische Verhältnis? Die Suche nach einer lebensstüchtigen Architektur Europas ist gewiss auch eine drängende Aufgabe. Aber es ist eine andere Aufgabe. Es gibt also zwei Themen, die sich gegenwärtig überlagern. Man sollte sie nicht vermischen. Man sollte aus Griechenland nicht den zentralen Prüfstein für den Zusammenhalt Europas machen. Aus diesem Extremverfall kann keine Norm für alle EU-Mitglieder gewonnen werden. Umgekehrt sollte man Griechenland auch nicht warten lassen, bis das gesamteuropäische Thema abgearbeitet ist. Es wird höchste Zeit, dass wir nach einer sehr generellen Europadebatte nun wieder zum konkreten Einzelfall kommen - zurück nach Griechenland.

(Manuskript vom 1.11.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 3.11.2011 unter der Überschrift „Der griechische Knoten“)